

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Dana Guth (AfD)

Abgastests an Affen

Anfrage der Abgeordneten Dana Guth (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 12.02.2018

Laut aktuellen Meldungen in der Presse (z. B. *Süddeutsche Zeitung* vom 29.01.2018, *Spiegel online* vom 30.01.2018) war die Volkswagen AG an der Gründung der Europäischen Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT) beteiligt und finanzierte diese auch mit. Die EUGT hatte in den USA Abgastests an Affen durchführen lassen. Das Fahrzeug dafür sei von der Volkswagen AG bereitgestellt worden. Ziel dieser Versuche war es, eine mutmaßliche Ungefährlichkeit von Dieselabgasen nachzuweisen.

1. Wann hat die Landesregierung - namentlich Herr Ministerpräsident Weil und Herr Minister Dr. Althusmann als Mitglieder des VW-Aufsichtsrates - erstmalig von dieser Thematik Kenntnis erlangt?
2. Wie konnte es nach Meinung der Landesregierung dazu kommen, dass der Aufsichtsrat der Volkswagen AG als Konzernkontrollgremium diese Tests nicht verhindert hat?
3. Für welche Maßnahmen werden sich die Vertreter der Landesregierung im VW-Aufsichtsrat einsetzen, damit solche - nach allgemeinem Empfinden unethischen - Tests zukünftig verhindert werden?
4. Was werden die Vertreter der Landesregierung im VW-Aufsichtsrat unternehmen, damit sich die Verursacher ihrer Verantwortung stellen müssen?
5. Wie viel Zeit verwenden die Vertreter der Landesregierung im VW-Aufsichtsrat neben ihrem Regierungsamt und ihrem Parlamentsmandat auf ihre Kontrolltätigkeit?
6. Wie steht die Landesregierung zu der im Wahlkampf 2017 von Herrn Dr. Althusmann getätigten Äußerung in Bezug auf den Status von Volkswagen als Weltkonzern und die Tätigkeit als Aufsichtsrat: „das kann man nicht mal eben nebenher machen“ (<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Nun-doch-Althusmann-kommt-in-VW-Aufsichtsrat,vw4008.html>)?
7. Wie werden seitens der Landesregierung die Sitzungen des VW-Aufsichtsrates vorbereitet?
8. Bezieht die Landesregierung die Aussage von Herrn Ministerpräsidenten Weil gegenüber dem Politikjournal *Rundblick* vom 31. Januar 2018, dass die Frage der persönlichen Verantwortung bei VW „auch höheren Ortes“ ansetzen müsse, auch auf den Ministerpräsidenten und auf Herrn Dr. Althusmann?

(Verteilt am 14.02.2018)